

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss Politik intensiver als gewöhnlich dafür sorgen, dass die Handlungsfähigkeit vor Ort nicht in Gefahr gebracht wird. Denn nur mit ihr können wir alle gemeinsam für die Schalksmühlerinnen und Schalksmühler unseren Ort gestalten. Grundlage dafür sind die Kommunalfinanzen.

Jürgen Ebert hat eine seiner Haushaltsreden mal begonnen mit: „Rien ne va plus – nichts geht mehr.“ Und nach Prognose der Verwaltung, die ich anders als in den Vorjahren für sehr viel realistischer einschätze, kommen wir ohne zu handeln schneller zu diesem Punkt, als uns lieb sein kann.

Das Defizit in diesem Jahr von rund 6,5 Mio. Euro ist ein eindrucksvoller Vorbote. Unsere über Jahre aufgebaute Ausgleichsrücklage i.H.v. 15 Mio. Euro wirkt bei der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage in unserem Land wie ein Eimer Schnee in der Wüste – es zerfließt einem in der Hand weg. Wir sollten gut daran tun, diese Rücklage nicht zu „verbimmeln“.

Wenn also nicht jetzt Zeit zum Handeln ist, wüsste ich nicht, wann sonst.

Zwei Hebel stehen uns im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zur Verfügung: Die Ertrags- und die Aufwandsseite. Und beide Hebel müssen wir ziehen.

Auf der Aufwandsseite holt uns eine nicht immer vernünftige Beschlusslage im Rat genau so ein wie die weggaloppierende Kreisumlage. Jetzt hinzugehen und auf den Kreis zu schimpfen, ist ganz sicher deplatziert. Wer sich ein wenig mit der Kreispolitik befasst, wird feststellen, dass am Donnerstag über den bereits eingebrachten Haushaltsplanentwurf abgestimmt wird und die Fraktionen der CDU, SPD

und UWG einen Antrag zur Einsparung auch auf Kreisebene eingebracht haben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass knapp 75% des Kreishaushaltes durch Sozialausgaben gebunden sind. Gerade auf Bundesebene müssen Sozialausgaben nicht nur nicht weiter inflationär beschlossen, sondern auch bisherige auf den Prüfstand gestellt werden.

Aber auch vor Ort müssen Aufwendungen geprüft werden. Die Verwaltung hat auf meine Anfrage hin dargelegt, welche Investitionen aus ihrer Sicht im Jahr 2025 nicht realistisch umsetzbar sind. Das Schieben in das nächste Haushaltsjahr ist aus meiner Sicht dann aber auch nur folgerichtig.

Der Bürgermeister weist immer wieder zurecht darauf hin, dass wir über Standards sprechen müssen – tun wir das. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der Zeit der Rezession zu guten Ergebnissen kommen. Das erwarten zumindest die Bürgerinnen und Bürger vollkommen zurecht von uns. Denn wenn die Ertragsseite durch moderate Steuererhöhungen gestärkt wird, muss die Aufwandsseite wo möglich auch nach unten angepasst werden.

Kein Politiker erhöht gern die Grund- oder Gewerbesteuer. Weil Schalksmühle auch nach einer moderaten Erhöhung im Märkischen Kreis unterdurchschnittlich und damit durchaus weiter wettbewerbsfähig ist, halten wir das Vorgehen für begrüßenswert. Durch die Erhöhung der Hebesätze bleiben wir bei einem Defizit für 2025 voraussichtlich bei 4.574.730 Euro – die mahnenden Worte zur Aufwandspolitik werden uns also intensiv begleiten. Die Mehrerträge durch die Anpassung der Hebesätze wirken also mit ca. 500.000€ moderat wie notwendig auf das Defizit ein.

Auch der von 2027 auf 2030 eingerechnete Verlustvortrag i.H.v. 2,5 Mio. Euro lässt darauf schließen, dass wir uns strukturell anders aufstellen müssen.

Ich danke dem Bürgermeister und seinem Kämmerer für diesen mutigen Vorstoß, nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfs uns

Kommunalpolitiker für die schwierige Situation intensiv zu sensibilisieren. Mir ist sehr wohl klar, dass die Verabschiedung des letzten Haushalts in einem Berufsleben nicht zwingend mit Steuererhöhungen und Aufwandskürzungen angedacht und individuell gewünscht werden. Dass wir dennoch zu diesem Schritt kommen, ist auch Zeichen menschlicher Stärke, für die ich mich ausdrücklich bedanke!

Bedanken möchte ich mich auch für das konstruktive Miteinander über Fraktionsgrenzen hinweg - das zeichnet eine gut funktionierende Demokratie aus.

Abschließend möchte ich kurz zur Grundsteuer-B-Reform eingehen:

Bereits neun von fünfzehn Kommunen im Märkischen Kreis entscheiden sich für die Differenzierung – also die weniger Mehrbelastung für Wohngrundstücke und weniger Mehrentlastung für gewerbliche Grundstücke. Allein aus sozialen Aspekten war unsere Haltung dahingehend schon anfangs klar und deutlich. Ich persönlich glaube, dass wir sehr bald eine richterliche Entscheidung zu dieser Gesetzgebung vorliegen haben, um dann ggf. neu zu beraten. Wenn das Risiko hier exorbitant hoch wäre, dann würden wir diesen Schritt nicht mitgehen. Aus unserer Sicht ist es das aber eben ausdrücklich nicht. Am Ende ist es, wie ein Verlustvortrag in Höhe von 10% des im Haushaltsplanentwurf bereits eingerechneten – mit einem Unterschied: Die durchaus nicht unrealistische Möglichkeit, dass wir gar keinen Verlust erhalten.

In der Hoffnung, dass wir nach der Bundestagswahl so früh wie möglich wirtschaftlichen Aufschwung erleben, hofft die CDU-Fraktion, bei einem nicht defizitären Haushalt mit Überschüssen auch wieder Steuerensenkungen vor Ort zu beschließen. Dass wir dazu in der Lage sind, das haben wir in der Vergangenheit bereits bewiesen.